

Internationale Freigeistige Rundschau 3/2010

Europa

Belgien

I (4056) **Brüssel**. Kardinal Godfried Daneels, Ex-Vorsitzender der belgischen Bischofskonferenz, hat offensichtlich versucht, den Missbrauchsskandal um Bischof Vangheluwe (Brügge) zu vertuschen. Dieser hatte bereits im April gestanden, vor und nach seiner Ernennung zum Bischof 1985 einen Jungen mehr oder minder regelmäßig sexuell missbraucht zu haben. Daneels hatte aber zuvor das Opfer zu überreden versucht sich mit einer Entschuldigung zu begnügen und den Skandal erst dann publik zu machen, wenn der Täter sowieso in Ruhestand gegangen wäre. „Es wäre vielleicht besser, wenn wir ein Datum im nächsten Jahr abwarten“, wird der Kardinal zitiert. „Wir können auch, wie ich es dir bereits gesagt habe, um Vergebung bitten und Vergebung erteilen.“ Es gebe einen „großen Unterschied“ zwischen „öffentlichen und privaten“ Strafen. Zwei Zeitungen veröffentlichten nun am 28. August die Abschrift eines Gesprächs des Opfers mit dem Kardinal. Davon völlig ungerührt behauptete Daneels' Sprecher, sein Chef habe „nie versucht die Affäre zu unterdrücken.“

Unterdessen wurde im Skandal um Kindesmissbrauch ein Bericht mit Aussagen von 124 Opfern veröffentlicht. Nicht weniger als 13 dieser Gedemütigten hätten sich umgebracht, heißt es in dem Schreiben der Kommission, die von der Kirche selbst eingesetzt und von einem Psychiater geleitet wurde. Die Täter, zumeist Geistliche, aber auch Religionslehrer und Leiter katholischer Jugendgruppen, blieben anonym. (*Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 30.8.10; *Augsburger Allgemeine*, 11.9.10)

Deutschland

I (4057) **Kiel/Mainz**. In der Debatte um undurchsichtige Kirchenkassen und gleichzeitige staatliche Zuschüsse für die Kirchen hat der FDP-Fraktionsvorsitzende im schleswig-holsteinischen Landtag, Wolfgang Kubicki, nachgelegt. Es dürfe keine Zuwendungen an die Kirchen „mit Ewigkeitscharakter“ geben, sagte er im ZDF-Magazin *Frontal 21*. Kubicki möchte die jährlich steigenden Zuwendungen durch eine Einmalzahlung ablösen. Zuvor hatte er für Kürzungen plädiert.

Die Kirchen erhalten von den Ländern heuer etwa 460 Millionen Euro. Diese sogenannten Dotationen sind durch Staatskirchenverträge geregelt, die nach Meinung der Kirchen nicht einseitig kündbar sind. Die Zuschüsse gründen auf Entschädigungen für Enteignungen am Anfang des 19. Jahrhunderts, wobei aber bisher ausgeklammert wurde, dass sich die Kirchen einen Großteil dieses Besitzes durch fragwürdige Methoden angeeignet haben, z.B. durch Aneignungen herrenlosen Gutes im Dreißigjährigen Krieg oder durch Enteignungen des Besitzes von angeblichen Hexen oder Hexern.

Das hoch verschuldete Land Schleswig-Holstein zahlt z.B. jährlich etwa elf Millionen Euro an die Nordelbische Evangelisch-Lutherische Kirche und rund 200.000 Euro an die katholische Kirche. In Schleswig-Holstein befindet sich die FDP in einer Regierungskoalition mit der CDU. Diese möchte möglichst schnell mit der nordelbischen Kirche verhandeln, um Klarheit zu schaffen. Auch die oppositionelle SPD rügt den von der FDP entfachten „Trommelwirbel“ gegen die Kirchen. (*Der Spiegel*, 14.6. u. 26.7.10; *ZDF*, 3.8.10)

I (4058) **Berlin**. Der amtierende EKD-Ratsvorsitzende Nikolaus Schneider erhielt in einer Diskussion über Hartz IV und Unterbezahlung von Beschäftigten eine peinliche Lektion, wie weit kirchliches Reden und Handeln auseinanderliegen. Anne Will hatte ihm in ihrer Sendung die Feststellung von Wolfgang Lindenmaier, dem Mitarbeitervertreter in der Diakonie, vorgehalten: „Die Kirchen haben Unmengen von prekären Arbeitsverhältnissen in ihren eigenen Reihen. Reguläre Jobs werden zunehmend in Billigjobs umgewandelt. Daher sind immer mehr Mitarbeiter gezwungen, nebenher beispielsweise Putzen zu gehen um überhaupt über die Runden zu kommen. Gleichzeitig haben vor allem die kirchlichen Wohlfahrtsverbände die Methode entdeckt, Mitarbeiter anderen Unternehmen zu überlassen und sie dann zu niedrigeren Löhnen wieder auszuleihen. Wenn die Kirchen jetzt also höhere Löhne und mehr Geld für Hartz-IV-Empfänger fordern, haben sie damit zwar absolut Recht – ihre Forderung ist allerdings geradezu schizophren.“ Daraufhin meinte Schneider: „Was da gesagt wird, gilt für die Kirchen nicht. Wir zahlen in den Kirchen Tarifverträge. In der Diakonie ist es so – und das bedaure ich und kritisiere ich auch – dass acht Prozent der Arbeitsplätze [also rund 40.000, Anm. MIZ-Red.] sozusagen outgesourct sind und da kommen solche Geschichten vor.“ Darauf Anne Will: „Herr Schneider, pardon. Sie waren bis Juni noch Vorsitzender des Diakonischen Rates, das ist das Aufsichtsgremium der Diakonie. Da haben Sie das auch gesagt, aber Sie haben nichts verändert?“ Schneider: „Hören Sie, ich ... das sind nun wirklich etwas langfristige Prozesse ... Die einzelnen diakonischen Unternehmen sind selbständig, also denen kann ich nicht direkt reinregieren und vorschreiben, was sie im einzelnen zu tun haben. Aber ich habe mich sehr dafür eingesetzt, dass wir Rahmenbedingungen schaffen, die solche Formen des Wirtschaftens nicht ermöglichen.“ Vorsichtshalber fügte er noch hinzu: „Also ich bin nicht schizophren.“ (ARD, 8.8.10)

Anmerkung MIZ-Red.: Die genannten 8% beziehen sich nur auf die in andere "Billigfirmen" verlagerten Arbeitsplätze. Wie viele zusätzliche Niedriglohn-Arbeitsplätze in der Diakonie verblieben sind, wurde nicht gesagt. Ebenso blieb unerwähnt, dass die katholische Caritas nach dem gleichen Strickmuster verfährt.

I (4059) **Hannover/Bonn**. Die evangelischen Landeskirchen sind im vorigen Jahr insgesamt stärker geschrumpft als die katholischen Diözesen. Bei den Protestanten wirkte sich die negative Bevölkerungsentwicklung gravierender aus. Hingegen gingen ihre Austrittszahlen zurück, während sie bei den Katholiken stiegen. Einer aktuellen Umfrage der Evangelikalen Nachrichtenagentur *idea* (Wetzlar) zufolge haben im Jahr 2009 die 22 Mitgliedskirchen der EKD rund 317.000 Mitglieder verloren, etwa ebenso viele wie im Vorjahr. Anfang 2010 gehörten den Landeskirchen 24.228.000 Personen an, 1,3 Prozent weniger als 2008. Rund 149.000 traten aus – etwa 20.000 weniger als 2008. Allerdings nahmen auch die Eintritte ab, und die Austritte in Bayern und Berlin-Brandenburg stiegen deutlich. (*Die Welt*, 16.8.10; *idea*, 24.8.10)

Die katholische Kirche schrumpfte hingegen „nur“ um rund 268.000 Mitglieder, doch auch bei ihr verschärften sich die Folgen der immer stärkeren Überalterung. Überdies nahmen nur mehr 13,0 Prozent der Mitglieder am Sonntagsgottesdienst teil, der bei Katholiken als unbedingter Pflichttermin gilt. Effektiv lagen damit beide Kirchen Ende 2009 bei einem Mitgliederanteil an der Gesamtbevölkerung von je 29,6 Prozent. (*Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 14.8.10; vgl. auch MIZ 2/2010, Meldung 4039)

I (4060) **Stuttgart**. In der SPD wollen Mitglieder einen laizistischen Arbeitskreis gründen. Rund 300 Mitglieder haben sich dazu bislang zusammengefunden. Das bestätigt der Initiator der Gruppe und baden-württembergische Landtagspolitiker, Nils Opitz-Leif. Die SPD sei zu wenig kirchenkritisch und verliere bei kirchenfernen Menschen an Zuspruch. Ziel des Arbeitskreises sei ein weltanschaulich neutraler Staat ohne Vorteile für die Kirche. Kreuze in Klassenzimmern sollen ebenso abgeschafft werden, wie der Religionsunterricht als ordentliches Lehrfach. Im Oktober soll der laizistische Arbeitskreis formal gegründet werden. Allerdings distanzieren sich bereits prominente Parteimitglieder von dem Vorhaben. Der christliche Sprecher der SPD, Wolfgang Thierse, kritisiert den Zusammenschluss als eine „dramatische Einengung“ der Partei, wobei in seiner Stellungnahme nicht recht klar wurde, wieso diese Erweiterung des weltanschaulichen Spektrums die SPD-Christen einengen sollte. (epd, 16.8.10)

I (4061) **Mainz**. Das ZDF führt neuerdings einen Religionsunterricht für alle ein. Die frühere EKD-Ratsvorsitzende und Landesbischöfin Margot Käßmann erläutert im Fernsehen auf Kosten aller Gebührenzahler die Bedeutung christlicher Feiertage. Sie darf allerdings nur in absolut nüchternem Zustand auftreten. Zunächst gestaltet sie zwei „Feiertagsakzente“, in denen sie dem Kirchenvolk die Bedeutung des Reformationstags (31. Oktober, 17.50 Uhr) und des Buß- und Bettags (17. November, 17.45 Uhr) erläutert. Als Begründung führt sie an: „Viele Menschen in unserem Land kennen die Bedeutung der christlichen Feiertage nicht mehr. Das ist nicht nur ein Verlust an kulturellem Gedächtnis, sondern verkennt auch, dass diese Tage mit ihren Inhalten auch heute aktuell sind. Deshalb finde ich es großartig, dass das ZDF regelmäßig zeigt, was diese Feiertage heute bedeuten können.“ (ZDF, 17.8.10)

Anm. MIZ-Red.: Nur der erste Satz von Käßmanns Aussage ist richtig. Aber den Menschen geht deshalb offenbar nichts ab, sonst läge die Beteiligung an den Gottesdiensten dieser beiden Feiertage nicht zwischen einem und zwei Prozent – der Evangelischen wohlgerneht. Dennoch sollte der Kirche eine solche Sendung erlaubt sein, aber als bezahlte Werbesendung zu üblichen Tarifen.

I (4062) **Gießen**. Die Evangelische Kirche in Hessen und Nassau (EKHN) ist mit ihrem Versuch gescheitert, zwei ursprünglich kirchennahe Stiftungen unter ihre Aufsicht zu nehmen.

Das Verwaltungsgericht Gießen wies am 19. August Klagen gegen das Regierungspräsidium Gießen ab, das die Evangelische Stiftung Arnsburg (Lich) und das Oberhessische Diakoniezentrum Johann-Friedrich-Stift (Laubach) als weltliche Stiftungen anerkannt hatte. Deren Vertreter machten vor Gericht deutlich, dass sie entsprechend dem Willen der Gründer lieber unter weltlicher Aufsicht bleiben wollten. Beide Stiftungen sind aber Mitglied im Diakonischen Werk Hessen-Nassau. Die Stiftung Arnsburg war 1846 als „Rettungsanstalt für sittlich verwahrloste Kinder“ gegründet worden. Heute betreibt sie stationäre Wohngruppen und ambulante Hilfen für jeweils 50 Kinder und Jugendliche. Das Johann-Friedrich-Stift entstand 1879 auf Initiative des Grafen zu Solms-Laubach als Nachfolgeeinrichtung eines Armen- und Waisenhauses. Heute unterhält das Diakoniezentrum ein breites Angebot von der Kindertagesstätte über Essen auf Rädern bis zu drei Seniorenzentren mit mehr als 200 Betten.

Der Pressesprecher der hessen-nassauischen Kirche teilte auf Anfrage mit, dass es in ihrem Bereich 160 Stiftungen gebe, um die man sich in den letzten Jahren zu wenig gekümmert habe. Einige erweckten den Anschein, kirchlich zu sein, ohne dass

die Kirche Einfluss nehmen könne. Für die Neuordnung dieses Bereichs habe man 2004 die Juristin Sabine Langmaack eingestellt. Sie bedauerte vor Gericht, dass die frühere Mitarbeit von Diakonissen in beiden Werken heute offenbar in Vergessenheit geraten sei. Bei der Entscheidungsfindung konzentrierte sich das Gericht aber auf den Willen der Stifter. Beide Stiftungen verfolgten zwar diakonische Zwecke, es liege jedoch „keine hinreichende Nähe zur Kirche“ vor. Eine Verbindung zur EKHN sei nicht feststellbar.

Der Vorstand der Evangelischen Stiftung Arnsburg begrüßte das Urteil, zumal die Beschäftigten damit nicht dem kirchlichen Tendenzschutz unterliegen. Mit der bisherigen Regelung unter Aufsicht des Staates sei man gut gefahren. Die Urteile sind noch nicht rechtskräftig. Ob die Kirche Berufung beim Hessischen Verwaltungsgerichtshof in Kassel einlegt, werde laut Pressesprecher geprüft, wenn das Urteil schriftlich vorliege. Eine spannende Frage sei, ob eine Stiftung dem Diakonischen Werk angehören könne, die sich als nicht kirchlich verstehe. (*idea*, 20.8.10)

I (4063) **Berlin**. Religion spielt für die Mehrheit der Jugendlichen in Deutschland eine immer geringere Rolle. Das geht aus der 16. Shell-Jugendstudie hervor, zu der rund 2.600 Jugendliche im Alter von 12 bis 25 Jahren befragt wurden. Nur für 27 Prozent der katholischen und 23 Prozent der evangelischen Jugendlichen hat der Gottesglaube eine nennenswerte Bedeutung im Leben. Eine größere Rolle spielt Religion dagegen bei jungen Menschen ausländischer Herkunft: Für 67 Prozent ist der Glaube an Gott wichtig. Zu dieser Gruppe gehören neben orthodoxen Christen vor allem Muslime.

Die sinkende Bedeutung christlicher Religiosität führt der Studie zufolge jedoch mehrheitlich nicht in die Konfessionslosigkeit. Viele westdeutsche Jugendliche wollten sich eine letzte Rückversicherung bei der Religion erhalten, während die meisten ostdeutschen mit diesem Kapitel schon seit längerem abgeschlossen hätten. Allerdings belegt die Untersuchung auch, wie rasch sich junge Menschen von der amtskirchlichen „Lehrmeinung“ entfernen. Deutlich abgenommen hat nämlich bei katholischen wie evangelischen Jugendlichen ein Gottesverständnis, das „in klassisch-christlicher Weise ein persönliches Gegenüber Gottes ausdrückt“. Nur noch 32 bzw. 26 Prozent der jungen Katholiken und Protestanten glauben demnach an einen persönlichen Gott; dagegen haben 57 Prozent der Jugendlichen anderer Religionen ein solches Gottesverständnis. Von den katholischen Jugendlichen könne man 46 Prozent als dezidiert unreligiös einstufen, neun Punkte mehr als 2006. Auch bei evangelischen Jugendlichen stieg der Anteil der Nichtreligiösen von 48 auf 51 Prozent.

Vertreter evangelikaler Christen meinten dazu, wenn die evangelische Kirche nicht in die Bedeutungslosigkeit abrutschen wolle, müsse sie ihre missionarischen Bemühungen verstärken. Der Vorsitzende der EKD-Kammer für Bildung, Erziehung, Kinder und Jugend, Schweitzer, behalf sich auf andere Weise. Er bezweifelt die „Gültigkeit“ der Shell-Studie. Diese pflege seit 25 Jahren ein Vorurteil gegenüber Religion, weil nicht die Fragen gestellt würden, die die evangelische Kirche für wünschenswert halte. Dass allerdings die Religiosität auch innerhalb dieser 25 Jahre messbar verdunstet, konnte er nicht bestreiten. Schweitzer verwies auf eine (seiner Meinung nach repräsentative) EKD-Studie aus dem Jahr 2009. Für diese wurden 11.000 Konfirmanden aus den 22 Landeskirchen der EKD befragt. Danach glauben 85 Prozent der evangelischen Jugendlichen an Gott. Säkulare Kreise bezweifeln allerdings wiederum diese Angaben: Ob Jugendliche gegenüber der Kirche ausgerechnet zum Zeitpunkt der Konfirmation eine unangenehme Wahrheit über ihr

eigenes Denken ins Gesicht sagen würden, bleibe fraglich. Außerdem habe die Shell-Studie überwiegend etwas ältere Jugendliche befragt, die ihre eigene Haltung zur Religion aber erfahrungsgemäß erst ab dem 15. Lebensjahr entwickelten. (*idea*, 14.9.10)

I (4064) **Berlin**. Nach Auswertung der bisherigen Presseberichte ist die Gesamtzahl der Opfer von sexuellem Missbrauch durch katholische Priester in Deutschland bereits im fünfstelligen Bereich angekommen. Allein die Hotline der katholische Kirche für betroffene Opfer nahm bis Mitte September exakt 3149 Anrufe entgegen; weitere 23.000 Anrufversuche führten wegen des starken Andrangs gar nicht zur Kontaktaufnahme. (*Augsburger Allgemeine*, 21.9.10)

Die Zahl der Täter im Priesterrock erreichte den vierstelligen Bereich. Das heißt, dass zwischen drei und vier Prozent der im letzten halben Jahrhundert tätigen Kleriker erwiesenermaßen Sexualstraftäter waren. Der als Beschwichtigung gemeinte Hinweis eines Bistumssprechers, weniger als drei Promille der Fälle von sexuellem Missbrauch gehe auf Priester zurück, erweist sich inzwischen als Bumerang: Da die Priester nur 0,3 Promille der männlichen Bevölkerung ausmachen, sind sie unter den Tätern – selbst bei Weglassung aller minderjähriger Kinder – etwa sieben- bis achtfach überrepräsentiert.

Als Folge der Presseresonanz zeigte sich zunächst der Jesuitenorden, dann die von der Kirche eingesetzte Missbrauchsbeauftragte und schließlich auch die Bischofskonferenz bereit, neben den Worten des Bedauerns und der Bitte um Verzeihung auch Entschädigungen zur teilweisen Wiedergutmachung des angerichteten Leids zu leisten. Deren Höhe ist bei Redaktionsschluss allerdings noch völlig unklar. (*MIZ*-Eigenrecherchen auf der Basis der anhaltenden Berichterstattung)

I (4065) **Kulmbach**. Die bayerische FDP hat sich, wenn auch sehr vorsichtig, für eine stärkere Trennung von Staat und Kirche ausgesprochen. Angenommen wurde ein Antrag des Bezirksverbandes Mittelfranken, die 21 sogenannten „Konkordatslehrstühle“ in den Fächern Philosophie, Pädagogik und Gesellschaftswissenschaften künftig frei von kirchlicher Einflussnahme zu besetzen. Ein weitergehender Antrag mit den Forderungen nach Abschaffung der Kirchensteuer, des Religionsunterrichts an staatlichen Schulen, der theologischen Fakultäten an staatlichen Universitäten und der Bezahlung von Bischöfen sowie anderem Kirchenpersonal durch den Staat wurde zurückgestellt um zunächst das Gespräch mit den Kirchen zu suchen.

Hintergrund der Initiative ist das nüchterne Kalkül, dass in Bayern ein Viertel der Wähler konfessionslos ist, während die großen Parteien und die freien Wähler stark kirchenorientiert sind. Daher sieht die FDP große Chancen, Konfessionsfreie mit bürgerlichem Hintergrund stärker an sich zu binden, während das Risiko von Wählerverlusten äußerst begrenzt ist. (*Augsburger Allgemeine*, 25. u. 27.9.10; *Süddeutsche Zeitung*, 27.9.10)

Färöer Inseln

I (4066) **Torshavn**. Zu einem diplomatischen Eklat ist es bei einem Staatsbesuch der in einer gleichgeschlechtlichen Ehe lebenden isländischen Ministerpräsidentin Johanna Sigurdardottir auf den Färöer-Inseln im Nordatlantik gekommen. Anlass war ein Staatsbankett, das die konfessionsfreie sozialdemokratische Politikerin zusammen mit ihrer Ehefrau, der Schauspielerin Jonina Leosdottir, besuchte. Der Chef der konservativen christlichen Zentrumspartei auf den Färöer,

Jenis av Rana, verweigerte die Teilnahme. Gegenüber dem einheimischen Internetportal *Vagaportal* bezeichnete er den Besuch der isländischen Ministerpräsidentin mit ihrer Partnerin als „Provokation“. Ihr Lebensstil stehe im Gegensatz zu den Lehren der Bibel. Der färöische Premierminister Kaj Leo Johannesen übte scharfe Kritik am Verhalten von av Rana.

Die Zentrumspartei hatte 2008 bei der Parlamentswahl 8,4 Prozent der Stimmen erhalten und stellt drei Abgeordnete im 33-köpfigen Parlament. Die Färöer – eine Gruppe von 18 Inseln mit rund 48.000 Einwohnern – sind wie Grönland eine „gleichberechtigte Nation“ innerhalb des Königreichs Dänemark und seit 1948 weitgehend autonom. Die Inselgruppe mit der Hauptstadt Torshavn gilt als Staat mit der frömmsten Bevölkerung in Nordeuropa. Über 80 Prozent der Einwohner gehören zur evangelisch-lutherischen Volkskirche. Von deren Mitgliedern besuchen fast ein Viertel (23 Prozent) sonntags den Gottesdienst. Etwa 15 Prozent der Färinger gehören zur evangelikalen Brüdergemeinde, die im ersten Drittel des 19. Jahrhunderts durch schottische Missionare entstand. Daneben gibt es kleinere Gruppen von Katholiken und pfingstkirchlichen Christen.

Die 67-jährige isländische Ministerpräsidentin Sigurdardottir ist die erste offen homosexuell lebende Regierungschefin der Welt. In erster Ehe war sie mit einem Mann verheiratet, mit dem sie zwei erwachsene Söhne hat. 2002 schloss die Politikerin eine eingetragene Partnerschaft mit Leosdottir, die einen Sohn hat. Nachdem im Juni 2010 in Island die Trauung gleichgeschlechtlicher Partner ermöglicht wurde, waren sie die ersten, die von der neuen Regelung Gebrauch machten. (*idea*, 8.9.10)

Großbritannien

I (4067) **St. Leonards-on-Sea.** Hunderte von lukrativen Scheinehen hat ein anglikanischer Priester in Südengland geschlossen, um illegalen Einwanderern den Aufenthalt in Großbritannien zu ermöglichen. Dabei arbeitete er mit einer kriminellen Bande zusammen.

Ein Gericht in Lewes sprach den Pfarrer Alex Brown jetzt schuldig, zwischen 2005 und 2009 in 360 Fällen das Einwanderungsgesetz gebrochen zu haben. Mitverurteilt wurden ein aus Nigeria stammender Rechtsanwalt und ein ukrainischer Schleuser. Das Strafmaß legt das Gericht erst später fest. Den Verurteilten drohen Freiheitsstrafen bis zu 24 Jahren.

In der kleinen Pfarrei „St. Peter und Paul“ in St. Leonards-on-Sea hatte Brown binnen vier Jahren 360 Scheinehen meist zwischen Westafrikanern und Europäern geschlossen. Insgesamt nahm er 383 Paaren das Ja-Wort ab. In den vorhergehenden vier Jahren traute er ganze 13 Paare. Allein in den letzten sechs Monaten überwies Brown 22.000 Pfund – mehr als 26.000 Euro – an Traugebühren an die Diözese von Chichester, die das Geld gern in Empfang nahm, ohne wegen des sprudelnden Geldquells stutzig zu werden. Weitere Zehntausende von Pfund, die der Pfarrer von der Bande für seine Dienste erhielt, hat er mutmaßlich für seinen Ruhestand beiseite gelegt.

Angeblich ist Brown nicht der einzige Kirchenmann, den die osteuropäischen Banden als Helfer im Visier haben. Die Grenzpolizei will jetzt sogar Geistliche schulen, wie sie kriminellen Versuchungen widerstehen können. Englische säkulare Verbände sehen den eigentlichen Fehler aber in der fehlenden Trennung von Staat und Kirche. In Großbritannien fungieren Geistliche nämlich immer noch häufig als Standesbeamte, doch wird ihr Tun vom Staat kaum kontrolliert. (*Times*, 30.7.10)

I (4068) **London.** Hat sich das Universum selbst aus dem Nichts hervorgebracht oder hat ein Gott die Welt erschaffen? Über diese Frage ist in Großbritannien eine heftige Debatte zwischen Naturwissenschaftlern und Theologen entbrannt. Sie entzündet sich am neu erschienenen Buch des Astrophysikers Stephen Hawking „Der große Entwurf – Eine neue Erklärung des Universums“, das vorab in Auszügen in der Londoner *Times* publik wurde. Der 68-jährige Wissenschaftler erweitert darin den schon 1952 von Chemikern erbrachten Nachweis, dass für die Entstehung des Universums kein Gott nötig sei. Weil es Naturgesetze wie etwa die Schwerkraft gebe, könne sich das Universum aus sich selbst erschaffen. Der Urknall sei eine unausweichliche Konsequenz der physikalischen Gesetze. Eine „Hand Gottes“ sei dafür nicht nötig.

Wie zu erwarten war, erntete Hawking Ablehnung von christlicher Seite. Erzbischof Williams, das geistliche Oberhaupt der Anglikaner [das weltliche Oberhaupt ist ja immer noch die Queen, Anm. MIZ-Red.], erklärte gegenüber der *Times*: „Beim Glauben an Gott geht es nicht darum, eine Lücke in der Erklärung zu finden, wie eine Sache mit einer anderen im Universum in Beziehung steht. Es geht vielmehr um den Glauben (!), dass es ein intelligentes, lebendiges Wesen gibt, von dessen Handeln letztlich alle Existenz abhängig ist.“ Noch ehrlicher äußerte sich der britische Oberrabbiner Lord Sacks: „Der Naturwissenschaft geht es um Erklärungen, der Religion um Deutung. Die Bibel ist nicht interessiert an der Frage, wie das Universum entstanden ist.“ Der Oxforder Evolutionsbiologe Prof. Richard Dawkins, Autor des Bestsellers „Der Gotteswahn“, äußerte hingegen in der *Times*: „Der Darwinismus hat Gott aus der Biologie herausgeworfen, aber die Physik blieb bisher unklarer. Hawking hat ihm jetzt den Gnadestoß versetzt.“

Hawking, der seit 1963 an Muskelschwäche sowie einer degenerativen Erkrankung des motorischen Nervensystems leidet und nicht mehr sprechen kann, zählt zu den herausragenden Astrophysikern der Gegenwart. Religiöse Kreise interpretieren sein neues Buch als „Abkehr von früheren Werken“, denn in seinem 1988 erschienenen Buch „Eine kurze Geschichte der Zeit“ habe er die Meinung vertreten, dass die Vorstellung von einem Schöpfergott „nicht unvereinbar“ sei mit einem wissenschaftlichen Verständnis des Universums. Tatsächlich hatte er sich aber schon damals als nichtgläubig geoutet und Gott als Spekulation bezeichnet. Besonders sauer dürfte Katholiken aber aufstoßen, dass Hawking einst zum Mitglied der Päpstlichen Akademie der Wissenschaften ernannt worden war und sein neues Buch kurz vor dem Besuch des Papstes in Großbritannien auf den Markt kam. (*Times*, 1. u. 2.9.10; *idea*, 3.9.10)

Irland

I (4069) **London.** Irische Ordensfrauen haben die Deutsche Bank und die US-Bank Morgan Stanley wegen Verlusten in Millionenhöhe während der Finanzkrise verklagt. Beide Institute hätten angeblich „absichtlich oder fahrlässig“ gehandelt. Die „Sisters of Charity of Jesus and Mary“ sowie die „Holy Faith Sisters“ gehören zu einer Gruppe von Investoren, die die Banken beschuldigen, ihre vertraglichen Verpflichtungen bei Wertpapiergeschäften nicht erfüllt zu haben. Das teilte die britische Anwaltskanzlei Stewarts Law am Donnerstag in London mit. Die Klage der Ordensfrauen sei am 10. August bei einem Londoner Gericht eingereicht worden. Kritiker merkten allerdings an, dass kirchliche Orden sehr schnell mit Klagen bei der Hand sind, wenn es um eigene Ansprüche geht, während sie Entschädigungen von missbrauchten Opfern sexhungriger Kleriker nur sehr zögerlich oder gar nicht akzeptieren. Außerdem kam

die Frage auf, wie ein zur Armut verpflichtetes Kloster überhaupt zu einem Vermögen in dreistelliger Millionenhöhe kommen kann. (Tagesanzeiger Zürich, 13.8.10)

Polen

I (4070) **Warschau**. Die katholische Kirche Polens erlebt derzeit einen historischen Tiefpunkt ihrer Popularität. Einer Umfrage des Meinungsforschungsinstituts CBOS zufolge fiel die grundsätzliche Zustimmung zu ihr binnen dreier Monate um zehn auf 54 Prozent, während die Ablehnung von 25 auf 35 Prozent stieg. Gründe waren die zunächst positive Haltung der Bischöfe zum Aufstellen eines Holzkreuzes direkt vor dem Präsidentenpalast. Auch als der Parlamentspräsident wegen der Verletzung der Pflicht des Staates zur Neutralität das Kreuz in eine Kirche überführen ließ, blieben die Bischöfe gespalten. Einige unterstützten offen die Fundamentalkatholiken, die sich „Verteidiger des Kreuzes“ nannten. Auch die Forderungen von immerhin 46 Parlamentsabgeordneten, Jesus zum König von Polen auszurufen, alarmierten die liberalere Hälfte der Bevölkerung.

Schon im Frühjahr 2010 wurden die Bischöfe aufgeschreckt, weil nur noch ein Drittel überhaupt den Namen des Chefs der Bischofskonferenz kannte. Gleichzeitig wurde publik, dass sich sowohl die Zahl der Priesterkandidaten als auch der Gottesdienstbesucher halbiert hatte. Nur noch 40% auf dem Lande und 25% in der Stadt besuchen die Sonntagsmesse. Dennoch bezeichnen sich 90% der Polen als katholisch. (*Süddeutsche Zeitung*, 22.9.10 u. 3.4.10; *Die Welt*, 21.9.10)

Russland

I (4071) **Moskau**. Die orthodoxe Kirche Russlands rief während der landesweiten Wald- und Torfbrände in allen betroffenen Landesteilen zum Gebet für Regen und ein Nachlassen der Brände auf. Nur ein einziger Bischof kritisierte, dass nicht nur die Kirche, sondern auch Geschäftsleute die Hitzewelle für eigene Interessen ausnutzten.

Im Bistum Voronej, wo einige der schlimmsten Brände wüteten, endete am Freitag, dem 13. August, eine fünftägige Bittprozession um ein Ende des Feuers, das dann allerdings erst Wochen später eingedämmt wurde, und zwar nicht durch Gebete, sondern durch Löschmannschaften.

Um den Opfern der Brände zu helfen, hatte die russisch-orthodoxe Kirche schon lang vor ihren ersten Gebeten mit Spendenaufrufen begonnen und insgesamt umgerechnet 170.000 Euro gesammelt. Danach stellte sie allerdings fest, dass ja auch sie selbst als Waldbesitzerin zu den Opfern zählte. Ob und wieviel tatsächlich noch an die Bevölkerung weitergegeben wurde, blieb unbekannt. (apic/eni, 13.8.10)

I (4072) **Belgorod/Moskau**. Ein fanatischer russischer Unternehmer will alle Frauen entlassen, die eine Abtreibung hinter sich haben oder einen Schwangerschaftsabbruch planen. Auch will er standesamtlich verheiratete Beschäftigte dazu bringen, sich kirchlich trauen zu lassen.

Wassili Boiko-Weliki, Chef des Molkereiunternehmens Russkoe Moloko in Belgorod, hat mit seinen Äußerungen am 13. August im Rundfunksender Moskauer Echo großen Aufruhr erregt. Der russisch-orthodoxe Unternehmer bezeichnete die Tötung ungeborener Kinder als „Mord“ und sagte: „Wir wollen nicht mit Mördern zusammenarbeiten.“ Er setzte den standesamtlich Verheirateten eine Frist: Bis zum 14. Oktober müssen sie sich kirchlich trauen lassen. Angestellte mit anderer Religionszugehörigkeit müssen Schulungen über die russisch-orthodoxe Kultur

belegen. Nach Angaben der BBC führt Boiko-Weliki die Flächenbrände in Russland auf göttliche Vergeltung für begangene Sünden zurück. Das Unternehmen hat etwa 6.000 Beschäftigte. Boiko-Welikis Äußerungen sind auf scharfe Kritik gestoßen. Seine angekündigten Maßnahmen verstießen gegen das Arbeitsrecht und die Verfassung. (Echo, 13.8.10; BBC, 14.8.10)

I (4073) **St. Petersburg.** Die Bevölkerung in Russland ist eine „Gesellschaft von getauften Gottlosen“ mit magischen und heidnischen Vorstellungen. Diese Überzeugung äußerte der russisch-orthodoxe Erzpriester und Kirchenhistoriker Prof. Georgij Mitrofanov in einem Interview mit dem russischen Magazin „Ogoniok“. In den achtziger Jahren sei auch die Kirche von der Illusion ausgegangen, dass die Russen ein orthodoxes Volk seien, das aber wegen der kommunistischen Herrschaft die Kirchen nicht besuchen könne. Doch obwohl sich dies inzwischen grundlegend geändert habe, komme nur ein kleiner Teil des Volkes regelmäßig in die Kirchen. Nach Ansicht des Kirchenhistorikers haben die Kommunisten in der Sowjet-Ära einen neuen Typus Mensch geschaffen. Dieser sei mit der Überzeugung aufgewachsen, das Wichtigste im Leben seien materielle Werte. Für die heutige Priestergeneration sei die Kirche oftmals nicht eine Gemeinschaft von Menschen, in der man eins in Christus sei. Vielmehr sei sie in erster Linie ein Ort, an dem man mit Geschäftsleuten in Kontakt trete und rituelle Dienstleistungen anbiete: „Hier kriegt man für Geld sein Auto gesegnet, sein Baby getauft, seinen Toten beerdigt. Mehr will man ja nicht von einem Priester.“ Der Theologe fragt: „Doch was ist, wenn jemand einem so geschäftstüchtigen, oft sehr jungen Mann sein Leid klagt? Er wird ihm nichts antworten können.“ Mitrofanov kritisierte auch den schlechten Bildungsstand der meisten Priester. Um Geistlicher zu werden, brauche man weder eine theologische noch sonst eine Qualifikation. Nur ein gutes Drittel aller Priester habe eine theologische Ausbildung absolviert. Dieser Misstand habe Ende der achtziger Jahre eingesetzt, „als der Staat sich nicht mehr in die Kaderpolitik der Kirche einmischte und die Bischöfe jeden weihen konnten, der das wünschte“. Inzwischen könne jeder Priester werden, der sich einigermaßen mit dem Gottesdienst auskenne und ein Empfehlungsschreiben eines Geistlichen vorlege. Das Ergebnis sei, „dass das theologische, geistliche und kulturelle Niveau auf einem katastrophalen Tiefstand gesunken ist“. Nach Angaben Mitrofanovs hat es zu Sowjetzeiten nur drei Seminare zur Ausbildung russisch-orthodoxer Geistlicher gegeben. Heute seien es 40. Aber nur fünf bis sieben Schulen genügten den ursprünglichen Ansprüchen an die „geistliche Bildung“. Nur ein Viertel der 145 Millionen Einwohner Russlands gehört einer Kirche an. Neben 35 Millionen Orthodoxen gibt es 500.000 Katholiken, 250.000 Lutheraner, 150.000 Baptisten, 150.000 Charismatiker, 120.000 Pfingstler und 70.000 Adventisten. (*idea*, 5.8.10; *Ogoniok*, August 2010)

Vatikan

I (4074) **Vatikanstadt.** Die Vatikanischen Museen in Rom sind mit einem sogenannten Markenwert von 90 Milliarden Euro das zweitwertvollste Kulturdenkmal Italiens. Knapp übertroffen werden die Kunstsammlungen im Staat der Vatikanstadt nur noch vom Kolosseum in Rom mit einem „Markenwert“ von 91 Milliarden Euro. An dritter Stelle folgt nach Berechnungen der Handelskammer der lombardischen Provinz Monza und Brianza der Mailänder Dom mit 82 Milliarden Euro. Der Markenwert wird üblicherweise für Unternehmen berechnet. Er spiegelt Umsatz und Immobilienvermögen sowie den immateriellen Wert eines Konzerns, wie z. B. dessen Bekanntheit und Image, wider. Für die Berechnung des Markenwertes der

Kulturdenkmäler wurden laut „Corriere della Sera“ zusätzliche Faktoren, u. a. die Zahl der Touristen, eingeführt. (Corriere della Sera, 14.8.10)

I (4075) **Vatikanstadt**. Die Vatikanbank IOR, in Sachen Finanzskandale wohl die traditionsreichste Bank weltweit, hat ihrer Vita ein neues Kapitel hinzugefügt. Ettore Gotti Tedeschi, schon zuvor bei der Santander-Bank nicht gerade für eine weiße Weste bekannt, wurde erst vor einem Jahr zum Vorstand der IOR berufen um dort „aufzuräumen“. Doch Italiens Staatsanwälte waren diesmal schneller als er und ermitteln nun wegen Verstößen gegen das Geldwäschegesetz. Sie beschlagnahmten 23 Millionen Euro von einem IOR-Konto bei einer anderen italienischen Bank und beschuldigten zwei Spitzenmanager, bei diversen Finanztransaktionen (vorwiegend in das Heimatland des Papstes) die Namen der wahren Auftraggeber verschwiegen zu haben. (*Augsburger Allgemeine*, 22.9.10; *Süddeutsche Zeitung*, 23.9.10)

Nordamerika

Vereinigte Staaten

I (4076) **Washington**. US-Präsident Barack Obama stieß mit seiner Äußerung zum Moscheestreit von New York auf heftige Kritik. Moslems hätten ein Recht auf eine Moschee in New York, auch wenn diese unweit des „Ground Zero“ entstehe. Republikanische Politiker und Opferverbände warfen dem Präsidenten daraufhin vor, den Willen der Amerikaner zu ignorieren. Eine große Mehrheit der US-Bürger lehnt nach Umfragen den Bau der Moschee ab, weil damit die Erinnerung an die Opfer des 11. September 2001 verletzt werde. Obama präzisierte nun seine Äußerung: Er habe nicht kommentiert, ob es eine weise Entscheidung sei, dort eine Moschee zu bauen; er habe nur auf die Rechte der US-Bürger hingewiesen, die es zu respektieren gelte. Dies verhinderte allerdings nicht, dass sich binnen eines Jahres der Anteil jener US-Bürger fast verdoppelte (von 10 auf 18 Prozent), die ihren Präsidenten für einen heimlichen Moslem hielten. (*Radio Vatikan*, 15.8.10; *Augsburger Allgemeine*, 23.8.10)

Lateinamerika

Paraguay

I (4077) **Coronel Oviedo**. Das deutsche Kolpingwerk hat jahrelang mit mindestens 3,6 Millionen € Fördermitteln des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) und weiteren mindestens 1,5 Mio € EU-Mitteln fragwürdige Projekte in Lateinamerika gesponsert. Die „Fundación Kolping Paraguay“ betrieb sogar ein Bordell und hatte u.a. Reinigungskräfte und mindestens eine Prostituierte auf ihrer Gehaltsliste. Als nach diversen Gerüchten im März 2008 eine Kontrolleurin im Auftrag der „Sozial- und Entwicklungshilfe des Kolpingwerkes“ (SEK e.V.) das Haus besuchte und feststellte, dass dort keineswegs die behaupteten Bildungskurse stattfanden, berichtete sie dies in die Zentrale nach Köln, die sich daran aber heute nicht mehr erinnern will. Als die Kontrolleurin und zeitweise Geschäftsführerin der Kölner Zentrale vorwarf, die Aufklärung der Unregelmäßigkeiten zu behindern, wurde sie selbst wegen „Verleumdung, übler Nachrede und Beleidigung“ verklagt. Tatsächlich muss aber der Lateinamerika-

Referent in der Kolping-Zentrale gewusst haben, dass einiges faul war, denn er bat schon im Mai 2008 nicht alle Abrechnungen zu präsentieren: „Du kannst dir vorstellen, dass wir alle sehr besorgt sind. Unsere Absicht ist es natürlich, eine Rückerstattung an das BMZ zu vermeiden. ... Wir bitten dich daher, mit der Präsentation der Endversion noch etwas zu warten.“ Im Oktober forderte er sogar auf, sich auf pikante Presseberichte einzustellen. Erst im November 2009 erfolgte dann eine Strafanzeige – aber nur durch die Kontrolleurin, nicht durch Kolping selbst. Der Gesamtschaden der mutmaßlichen Veruntreuungen wird auf mindestens 2 Mio. € veranschlagt. (*Spiegel*, 9.8.10)

Asien

Libanon

I (4078) **Beirut**. Wenn eine andere als die christliche Jesus-Darstellung publiziert wird, sind Christen nicht toleranter als Muslime. Nach massiven Protesten der Christen im Land hat die libanesische Regierung eine iranische TV-Serie über das Leben von Jesus verboten. Die ersten Folgen der Serie "Der Messias" waren zum Beginn des islamischen Fastenmonats Ramadan von zwei Sendern ausgestrahlt worden, die der schiitischen Hisbollah-Bewegung nahe stehen. Am Freitag untersagte die Regierung die Ausstrahlung weiterer Folgen. Der maronitische Erzbischof Bèchara al-Rai zeigte sich froh über das Verbot, „denn die Serie leugnet die Grundlagen des Christentums.“ Tatsächlich wird Jesus von Muslimen als Prophet, nicht aber als Gottessohn gesehen, was historisch und logisch zumindest nicht weniger plausibel ist als die christliche Version. (*Radio Vatikan*, 14.8.10)